

Bundestagswahl 2005

# Bleibt Deutschland erneuerbar?

„Es ist richtig, dass in der heutigen Situation der demokratische Souverän - das Volk - über die künftige Politik unseres Landes entscheiden kann. Die Parteien fordere ich auf, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Vorstellungen über die Lösung der Probleme sachlich und wahrhaftig zu vermitteln.“

Von Henner Weithöner



Foto: Paul Langrock, <http://paul-langrock.de>

Die Aufforderung des Bundespräsidenten Horst Köhler bei seiner Fernsehansprache vom 21. Juli ist so richtig wie schwierig zugleich. Denn in den Wahlprogrammen der Parteien finden sich selbst zu den Dauerthemen Sozial-, Steuer- und Gesundheitspolitik nur sehr vage Aussagen. Konkrete Forderungen zur Energiepolitik sind noch spärlicher gesät. Und ein Blick in die Medien schafft eher Verwirrung als Klarheit. So fordert die Sprecherin für erneuerbare Energien der FDP in einem Interview mit der SONNENENERGIE die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Eine klare Aussage. Dumm nur, dass der FDP-Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Ernst Pfister, nur wenige Tage später in einem Brief an die Berliner Informationskampagne für erneuerbare Energien am EEG festhält: „Durch das EEG haben sich gerade dieser Branche ganz neue Absatzmärkte auch im Export eröffnet. Als Wirtschaftsminister freut mich das natürlich besonders“, so Pfister. Er betont ferner, dass

er das EEG für die derzeit beste Lösung halte, um Investoren für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu gewinnen. Denn diese bräuchten ebenso wie die Entwickler und Hersteller der Anlagen langfristige Planungssicherheit.

Damit wären auch die letzten Klarheiten beseitigt. SONNENENERGIE hat deshalb für Sie alle energiepolitischen Sprecher der im deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu den Themen EEG, CO<sub>2</sub>-Minderung für Gebäude, Energiewirtschaftsgesetz, Kernspaltung und Kernfusion befragt. Denn wie sagte der Bundespräsident zum Abschluss seiner Rede: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, jetzt haben Sie es in der Hand. Schauen Sie bitte genau hin. Demokratie heißt, die Wahl zu haben zwischen politischen Alternativen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht sorgsam Gebrauch.“

In diesem Sinne einen sonnigen 18. September!

# SONNEN ENERGIE

## Bündnis 90 Grüne

Michaela Hustedt



## CDU/CSU

Dr. Peter Paziorek



### Frage 1: EEG oder Quotenmodell

Beim jetzigen EEG muss der örtliche Stromnetzbetreiber Strom aus erneuerbaren Energien entsprechend der Vergütung abnehmen. Laut Bundesumweltministerium habe das EEG am gesamten Strompreis der Haushalte einen Anteil von drei Prozent. Der VDEW will das bestehende Modell der garantierten Einspeisevergütung durch ein Quotenmodell ersetzen, bei dem die Energieversorger sauberen Strom selber produzieren oder an beliebiger Stelle in Europa einkaufen dürfen. Kritiker werfen dem Quotenmodell vor, dass es zu höheren Preisen für Strom aus erneuerbaren Energien führe und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Strommarkt erheblich gefährde. Das renommierte Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat in einer Studie verschiedene Fördermodelle verglichen und kam dabei zu dem Ergebnis, dass das deutsche EEG erfolgreicher und wettbewerbsfreundlicher als andere Systeme ist. **Werden Sie am EEG festhalten oder zum Quotenmodell wechseln?**

Wir werden das EEG regelmäßig überprüfen und weiter verbessern. Eine Abschaffung des EEG zugunsten eines sog. „Bonus-/Quotenmodells“ wird es mit uns nicht geben. Ein solches Modell hätte fatale Konsequenzen: Es hat bisher in keinem Land erfolgreich funktioniert, es bevorzugt die großen Stromversorger und benachteiligt langfristige Technologieentwicklung wie bei der Photovoltaik. Darüber hinaus ist es bürokratischer und zumeist sogar teurer. In Dänemark hat allein die Ankündigung dieses Modells zu einem Zusammenbruch der Branche geführt. Wir werden die weltweite Spitzenstellung der deutschen Erneuerbare-Energien-Branche, um die uns viele Länder beneiden, keinesfalls leichtfertig auf's Spiel setzen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien am Strommix bis zum Jahre 2020 auf 25 % erhöhen.

CDU/CSU wollen mindestens einen Anteil von 12,5 % erneuerbarer Energien am deutschen Stromverbrauch erreichen - werden aber die zum Teil exorbitante Subventionierung reduzieren. In dem Beschluss anlässlich des CDU-Bundesparteitages 2004 wurde vereinbart, dass die CDU sich für eine weitere nachhaltige Förderung von Forschung und Entwicklung insbesondere derjenigen erneuerbaren Energien mit hohem wirtschaftlichen und technischen Potenzial einsetzt und ihre Markteinführung unterstützt. Grundsätzliches Ziel der Förderung der erneuerbaren Energien muss es jedoch sein, neue Anreize zur Weiter- und Neuentwicklung zu schaffen und gleichzeitig die erneuerbaren Energien möglichst schnell zur Wirtschaftlichkeit hinführen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Daher haben wir vereinbart, das gesamte Förderinstrumentarium bis Ende 2007 auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit sowie auf Konsistenz mit den anderen Maßnahmen zum Klimaschutz - insbesondere dem Emissionshandel - zu überprüfen und eine Anschlussregelung in Kraft zu setzen.

### Frage 2: Energieeinsparung im Gebäudebereich

Bis zum 4. Januar 2006 muss die Europäische Richtlinie über die „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ in nationales Recht umgesetzt werden. Alle Gebäude, egal ob Neubau oder Altbau, müssen beim Bau, beim Verkauf oder bei der Vermietung mit einem Energieausweis ausgestattet werden. Wie der Energieverbrauch zu ermitteln ist, darum wird jedoch noch kontrovers gestritten. Nach Ansicht von Haus & Grund-Präsident Rüdiger Dorn ist der Energiepass in jeder Hinsicht untauglich zur Erfassung und Kontrolle der Energieeffizienz von Gebäuden. **Wie wollen Sie die hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudebereich reduzieren?**

Die energetische Gebäudesanierung im Wohnungsbestand und bei öffentlichen Gebäuden soll intensiviert werden: Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm soll fortgesetzt und noch einmal kräftig aufgestockt werden. Von Januar 2001 bis Mai 2005 wurden 80.084 Kredite über 4.422 Mio. Euro für Modernisierungsinvestitionen in 232.589 Wohnungen zugesagt. Pro Jahr werden dadurch in der mittelständisch geprägten Bauwirtschaft rund 25.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen. Zukünftig wollen wir mit dem Programm mind. 100.000 Wohnungen pro Jahr energetisch modernisieren. Wir wollen darüber hinaus, dass das Gebäudesanierungsprogramm um Maßnahmen zur Sanierung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen und Kindertagesstätten, ergänzt wird. Und wir wollen die Einführung eines bundeseinheitlichen, verbraucherfreundlichen und bedarfsbasierten Energiepasses für den Gebäudebestand.

CDU/CSU setzen Schwerpunkte beim sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Insbesondere in der Altbausanierung liegen ungenutzte und hochwirtschaftliche Potenziale rationaler Energienutzung. Um diese wichtigen Potenziale heben zu können, wollen wir bestehende finanzielle Anreize marktwirtschaftlich weiterentwickeln und in ein unbürokratisches und technologieoffenes Marktanreizprogramm „energetische Sanierung im Gebäudebereich“ überführen.

## FDP

Angelika Brunkhorst



Wir wollen das EEG abschaffen. Ersetzt werden soll das EEG durch ein sog. Mengenmodell. Dabei soll eine bestimmte regenerative Strommenge festgesetzt werden, die dann die Marktteilnehmer der Energiewirtschaft im Wettbewerb erreichen können. Nur so kann auch unter den erneuerbaren Energien ein Wettbewerb entstehen, bei dem sich dann die kostengünstigsten Möglichkeiten zur regenerativen Stromerzeugung durchsetzen können. Wir wollen damit erreichen, dass die erneuerbaren Energien vorrangig dort zum Einsatz kommen, wo sie auch ökonomisch Sinn machen. Riesige Dachflächen in Norddeutschland mit Photovoltaik zu bestücken, mag sich jetzt rechnen. Aber man muss sich doch fragen, ob der Kostenaufwand für die erzielte CO<sub>2</sub>-Reduktion noch in einem vernünftigen Verhältnis steht. Denn letztendlich ist es der Verbraucher, der die Zeche zahlen muss.

Die FDP will die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich forcieren. Dafür soll auch im Gebäudebereich der Handel mit Zertifikaten aufgebaut werden. Mit dem System soll ein Anreiz für Hausbesitzer geschaffen werden, in moderne Heizungsanlagen, Wärmedämmung oder in die erneuerbaren Energien zu investieren. Investiert ein Hausbesitzer etwa in einen neuen Kessel oder in die Dämmung und reduziert damit den Emissionsausstoß, kann er sich dies zertifizieren lassen. Das Zertifikat wiederum wird in den Emissionshandel einbezogen. Der Hausbesitzer wäre durch eine Art Dividende beteiligt und könnte dadurch seinen Nettoaufwand verringern. Interessierte Käufer wären Firmen, die zur Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes verpflichtet sind. Der Effizienzvorteil ist offensichtlich.

## PDS

Gesine Loetzsch/Petra Pau



Wir werden am EEG in der beschlossenen Form festhalten. Das Quotenmodell lehnen wir ab.

Die effizientere Nutzung und der sparsame Verbrauch haben Vorrang vor der Erhöhung der Energieproduktion und dem Umbau der Energiestruktur. In Gebäuden werden 40 % der Primärenergie verbraucht. Neubauten sind deshalb am Standard von Niedrigenergiehäusern zu orientieren und dieser ist gesetzlich zu fixieren und damit verbindlich zur Pflicht zu machen. Bei Altbauten sind Wärmedämmmaßnahmen dringend erforderlich. Für die unsanierten Gebäude, die 80 % des Bestandes ausmachen, sind Förderprogramme für die Wärmedämmung aufzulegen. Auch hier wäre eine gesetzliche Pflicht im Falle einer Gebäudesanierung nötig. Mindestens bei Neubauten könnten (wie z. B. in Israel seit 1980) photothermische Anlagen zum Standard erhoben werden. Energieausweise/Energiepässe sind ein schwaches, aber notwendiges Mittel, Energieeinsparungen anzuregen.

## SPD

Rolf Hempelmann



Grundsätzlich gilt für das EEG: der Sinn der Förderung ist Hilfe zur Marktreife, nicht Dauersubvention. Eine Diskussion über alternative Förderinstrumente ist dagegen wenig sinnvoll. Sicherlich wird die Harmonisierung des Binnenmarktes nicht auf unbeschränkte Zeit an den Förderstrukturen der Erneuerbaren vorbeigehen. Es bestehen jedoch keine belastbaren Anhaltspunkte dafür, dass Brüssel auf eine kurzfristige und verbindliche Einheitlichkeit der Förderung hinwirken wird. Zudem liegt es in der Hand des deutschen Gesetzgebers, das international als ausgesprochen effektiv beurteilte EEG durch geeignete Maßnahmen noch effizienter zu machen und damit deutscherseits den Benchmark für die Förderung der Erneuerbaren zu setzen.

Beim Gebäudeenergiepass wird besonderes Augenmerk auf eine ausgewogene Balance zwischen Prüfungstiefe und Akzeptanz zu legen sein, oder anders formuliert: auf eine vernünftige Ausgestaltung zwischen dem Anspruch der Detailgenauigkeit und wissenschaftlichen Seriosität einerseits und der Bezahlbarkeit andererseits. Unabhängig von der Einführung des Energiepasses sind jedoch noch weitere und erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Einsparung im Gebäudebereich erforderlich, die sich nicht auf die reine Information – so wichtig diese ist – beschränken dürfen. Wir werden daher die von uns geschaffenen Instrumente zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung entwickeln und ausbauen, die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung weiter fördern und sicherlich im Rahmen der nächsten Stufe des Emissionshandels auch einen relevanteren Beitrag des Sektors Wohnen/Raumwärme realisieren.

# SONNEN ENERGIE

## Bündnis 90 Grüne

Michaele Hustedt



## CDU/CSU

Dr. Peter Paziorek



### Frage 3: Energiewirtschaftsgesetz

Am 1. Juli trat das Energiewirtschaftsgesetz in Kraft. An die Stelle der bisher üblichen Verhandlungen zwischen einigen wenigen Marktteilnehmern gibt es nun eine staatliche Aufsicht über Netzzugang und Entgeltkalkulation. Die wichtigste Neuerung im Gesetz: Alle Preiserhöhungen müssen ab sofort genehmigt werden. Der Verbraucherschutz ist bei dem Gesetz jedoch unter die Räder geraten: Eine klare Kennzeichnung der Art und Weise der Stromerzeugung seitens der Energieunternehmen und Stromhändler wurde mit dem Stimmen von CDU/CSU und FDP im Bundesrat verhindert. Der Verbraucher kann so auf seiner Stromrechnung nicht erkennen, wie stark der Strom seines Anbieters die Umwelt belastet. Lediglich der Atomstromanteil soll künftig auf jeder Rechnung vermerkt sein. **Wird das Energiewirtschaftsgesetz wenigstens mehr Wettbewerb und sinkende Strompreise bringen?**

Die Energiewirtschaftsnovelle (EnWG) soll mehr Wettbewerb in der Strom- und Gaswirtschaft erzeugen und auf die Durchleitungspreise Druck machen. Durch die neue Bundesnetzagentur haben wir eine staatliche Aufsicht über den Monopolbereich des Netzbetriebes geschaffen, die zukünftig jeden Missbrauch bei den Netznutzungsentgelten verfolgen kann. Ob dies notwendigerweise zu sinkenden Strompreisen führen wird, lässt sich nicht prognostizieren. Neben den öffentlichen und den Netznutzungsentgelten tragen die Produktionskosten ebenso zur Preisbildung bei. Hier kann es aufgrund notwendiger Investitionen mittelfristig durchaus zu Preissteigerungen kommen, die die Reduktionen bei den Netzgebühren egalalisieren. Insgesamt stehen wir weiterhin vor großen Aufgaben für fairen Wettbewerb und ehrliche Preise.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz, bei dem sich die Union in den konstruktiven Verhandlungen mit ihren Forderungen im Wesentlichen durchgesetzt hat, wird dazu führen, dass der Energiemarkt künftig wettbewerbsorientiert reguliert wird. Nach In-Kraft-Treten des Gesetzes bedürfen alle Entgelte einer Genehmigung. Die Regulierung wird zu mehr Wettbewerb und damit zu sinkenden Netzentgelten führen. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass die Versorgungssicherheit nicht gefährdet wird.

### Frage 4: Kernspaltung

Einige Energieversorgungsunternehmen haben in den letzten Monaten eine verlängerte Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland gefordert und damit den jetzigen Ausstiegskompromiss zwischen Energiewirtschaft und Politik infrage gestellt. **Werden Sie am vereinbarten Ausstieg aus der Atomkraft festhalten?**

Wir haben den Atomausstieg in Deutschland durchgesetzt und bleiben dabei. In der nächsten Wahlperiode wollen wir vier weitere AKW (in Biblis A und B, Neckarwestheim und Brunsbüttel) vom Netz nehmen. Bis 2020 ist mit der Schließung des letzten AKW das Kapitel Atomenergie in Deutschland endgültig abgeschlossen.

Die Union wird die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren und die Weichen für eine geordnete Entsorgung stellen. Wir setzen uns ein für einen breit gefächerten, klimaverträglichen Energiemix und wettbewerbsfähige Energiepreise für Wirtschaft und Verbraucher.

### Frage 5: Kernfusion

Der Bund, EURATOM sowie diverse Forschungsinstitute haben in den letzten Jahren die Kernfusionsforschung mit mehreren Milliarden Euro gefördert. Wissenschaftler gehen jetzt davon aus, dass die Kernfusion frühestens in 50 bis 80 Jahren einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung liefern kann. Damit käme sie für die Lösung der drängenden globalen Energieprobleme um Jahrzehnte zu spät. Studien besagen, dass in 50 Jahren die erneuerbaren Energien die Energieversorgung bereits sicherstellen können - und das zu geringeren Kosten. **Wird Ihre Partei die Kernfusionsforschung weiter fördern?**

Nein. Wir halten nichts von den Versprechungen der Fusionsforschung. Mit dem Fusionsforschungsreaktor ITER werden allein 10 Mrd. Euro an ein einziges Projekt gebunden, das in den nächsten 50 Jahren keinen nennenswerten Beitrag zur Lösung der Energie- und Klimafrage beitragen kann. Das Geld wäre wahrlich besser für Energieeinsparung, moderne Effizienztechnologien oder in erneuerbare Energien angelegt. Denn dies würde ohne Zweifel zu mehr Klimaschutz, zur Versorgungssicherheit, zu geringeren Energiepreisen und zu mehr Arbeitsplätzen führen. Wir wollen deswegen die Mittel der Energieforschung viel stärker auf tatsächliche Zukunftstechnologien ausrichten.

CDU/CSU wollen eine offene Energie-Forschung, die nichts ausklammert. Ideologische Scheuklappen werfen Deutschland im internationalen Wettbewerb zurück. Die Forschung wollen wir in allen Bereichen in Richtung Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben und für Deutschland wieder eine internationale Spitzenstellung erreichen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der Kernfusion untersucht werden.

## FDP

Angelika Brunkhorst



Darüber entscheidet letztlich der Markt. Die Regulierungsbehörde muss sicherlich erst noch beweisen, wie durchsetzungsstark sie ist.

## PDS

Gesine Loetzsch/Petra Pau



Wir glauben nicht, dass das Energiewirtschaftsgesetz zu mehr Wettbewerb führt, weil die Macht der vier großen Strommonopole nicht angetastet wird. Ob die in Deutschland überhöhten Durchleitungsgebühren über die „Anreizregelung“ gesenkt werden, ist ebenfalls fraglich.

## SPD

Rolf Hempelmann



Wir erwarten neue Impulse zugunsten von mehr Wettbewerb sowie eine deutliche Verbesserung der Markttransparenz. Gleichzeitig gewährleisten die neuen Regeln, dass das in Deutschland hohe Niveau der Versorgungssicherheit auch langfristig Bestand haben wird, und die hierfür erforderlichen Investitionen getätigt werden. Die Reduzierung der von uns stark erweiterten Verbraucherschutz- und Informationsrechte durch die Mehrheit von Union und FDP im Bundesrat ist sehr bedauerlich. Dennoch ist es mit dem EnWG insgesamt gelungen, das seit Jahren nur sehr unbefriedigend und rechtlich eher vage beschriebene komplexe Verhältnis der Ziele Intensivierung des Wettbewerbs, Stärkung der Verbraucherrechte, Ausschöpfen von Preissenkungsspielräumen und Verbesserung von Transparenz und Information gesetzlich klar zu fassen.

Wir werden am jetzigen Modell des Atomausstieges nicht festhalten. Es nützt aber auch nichts wie die CDU zu sagen, die Laufzeiten der Kernkraftwerke werden verlängert. Wir sind der Auffassung, dass es dem jeweiligen Betreiber obliegt, über die Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke zu entscheiden. Wenn die Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden, ist ein vorzeitiges Abschalten nicht erforderlich.

Wir sind für einen noch kurzfristigeren Ausstieg aus der Atomenergie. Die PDS ist der Auffassung, dass Sicherheitsdefizite und nicht ausreichender Schutz gegen Terrorakte bereits bei gegenwärtiger Gesetzeslage ausreichend sind, um die Atomkraftwerke über den Weg des Widerrufs von Betriebsgenehmigungen umgehend stillzulegen.

Der Atomkonsens steht und wird von uns nicht infrage gestellt. Zudem bekennen wir uns auch weiterhin zur nationalen Verantwortung für die nuklearen Altlasten und werden die nationale Endlagerung auf gesicherter wissenschaftlicher Grundlage neu ordnen.

Wir wollen die Fusionsforschung weiter vorantreiben, da sie eine CO<sub>2</sub>-freie Energieversorgung bedeutet, die den wachsenden globalen Energiehunger in der Zukunft befriedigen kann. Noch gibt es zahlreiche offene technische Fragen. Weitere Forschungsanstrengungen sind also dringend erforderlich.

Die PDS will eine dezentrale, vollständig solare Energie- und Wärmeversorgung. Das halten wir innerhalb der nächsten 50 Jahre für machbar. Darauf sind Forschung und Entwicklung im Energiebereich zu konzentrieren. Deshalb halten wir auch die Forschung auf dem Gebiet der Kernfusion, die nichts anderes versucht, als natürliche Prozesse auf der Sonne unter ungeheuer großem finanziellen Aufwand auf der Erde nachzuvollziehen, für wenig sinnvoll. Darüber hinaus kommt die Kernfusion - wenn überhaupt - zur Lösung des Energieproblems viel zu spät.

Angesichts der bekannten finanziellen Restriktionen in den Forschungsetats wird die Fusionsforschung - bei Beachtung internationaler Verträge - kein Schwerpunkt unserer Forschungspolitik sein. In dem von der Bundesregierung vorgelegten 5. Energieforschungsprogramm nimmt die Fusion daher auch keine prominente Rolle ein. Stattdessen wird ein klares Signal für die neuen Forschungsschwerpunkte Energieeffizienz und erneuerbare Energien gesetzt. Dies sind die wesentlichen Ansatzpunkte zur Bewältigung der energiepolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte.